

## Zur Rolle der Kirchen im europäischen Chaos

von Wolfgang Lienemann (ev.)

### *I. Chaos*

Mit dem Ende der kommunistischen Parteidiktaturen ist fast über Nacht der Vorhang vor der europäischen Bühne zerrissen. Auf der Szene liegen die in Jahrzehnten aufgeführten Opfer und Trümmer, und zugleich beginnt das ehemals distanzierte und uneteiligte Publikum zu ahnen, daß der Zuschauerraum selbst Teil der Bühne geworden ist. Die Festaufführung ist zuende, aber der Kater des Morgens danach beginnt erst jetzt seine Krallen auszustrecken. Täter und Opfer sind weder auf der Bühne noch im Publikum immer deutlich zu unterscheiden, und der Plüsch der Armessel, in denen es lange so bequem war, erweist sich als genauso zerschliessen und von Motten zerfressen wie der der Requisiten. Auf der Bühne wird genauso randaliert und erbittert gekämpft wie im Publikum. Viele würden am liebsten den Eisernen Vorhang fallen lassen, damit die Brände vom Bühnenhaus nicht auf den Zuschauerraum übergreifen können – allein auch die Technik versagt ihren Dienst.

Der ehemalige „Westen“ kann seine Zuschauerrolle im europäischen Theater nicht länger beibehalten. Er muß mitspielen – ohne Ausbildung und Drehbuch. Regisseure, die verbindliche Anweisungen geben wollen, gibt es reichlich, aber die Akteure scheren sich nicht darum. Die älteren Regiekonzepte lassen sich nicht mehr verwirklichen; die einen kennen sie nicht, andere befolgen sie nicht, wieder andere wollen überhaupt nur noch in Stücken mitspielen, die sie selbst und nur für sich selber schreiben und inszenieren. Der neue Nationalismus und Ethnizismus in Europa verbreitet sich nicht nur auf dem Balkan und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion mit rasantem Tempo, sondern beflügelt auch allenthalben die Kritik am europäischen Einigungsprozeß und seinen Institutionen. In der Schweiz lautet eines der häufigsten und lebhafter Zustimmung sicheren Argumente gegen den EWR-Beitritt: Wir wollen keine fremden Richter! Niemand erinnert daran, daß der wichtigste Grundsatz von Martin Luthers Rechtsethik war, daß niemand in eigener Sache Richter sein soll. Richter in eigener Sache sein zu wollen, war nach Luthers Überzeugung praktischer Atheismus. Aber heute nimmt anscheinend allenthalben in Europa die Neigung zu, Ankläger, Richter und Henker in einer Person sein zu wollen.

Lähmung und Entsetzen hat viele Christen und Kirchen gepackt, die den rapiden Zerstörungen des „europäischen Hauses“ hilflos und ratlos zusehen müssen und dabei wissen, daß die Auswirkungen dieses Chaos mitnichten auf Europa beschränkt bleiben werden. Es geht keineswegs nur um finanzielle Probleme, weil jede Mark oder jeder Franken, die in Osteuropa investiert werden, in Uganda, Birma oder Peru fehlen werden. Es geht auch nicht nur darum, daß in Mittel- oder Osteuropa beziehungsweise im ehemaligen kommunistischen Machtbereich weithin demokratisches Bewußtsein, Achtung vor Recht und Gesetz und das Ethos einer disziplinierten, gemeinwohlorientierten Administration nur in schwachen Ansätzen und in Gestalt weniger moralisch integrierender Leitfiguren existieren. Es geht vor allem auch um den Zusammenbruch der kulturellen und rechtlichen Grundlagen einer freiheitlichen Rechtsordnung im Bewußtsein der Bürger, und zwar inzwischen auf beiden Seiten des früheren „eisernen

Vorhanges“, welche national ein zwar nicht konfliktfreies, aber doch ziviles Miteinander von Nationalitäten, Ethnien, Religionen, Überzeugungen, Bräuchen, Sprachen und auch Klassen oder Schichten ermöglicht und welche international wechselseitige Anerkennung und Abhängigkeit nach Maßgabe eines Völkerrechtes regelt, das in seinem Kern dem Schutz der Menschenrechte verpflichtet ist. Doch wenn Recht und Gesetz verachtende Rechtsradikale den ehrenwerten Titel des Republikanismus usurpieren können, also jener Staatsverfassung, die nach Kant auf der schlechthinnigen Freiheit und Gleichheit *aller* Menschen nach Rechtsgesetzen beruht, dann ist es alles andere als überraschend, wenn Selbstjustiz und Gewalt eine blutige Spur ziehen. Und wenn man sich nicht getraut, angesichts brutaler und zynischer Gewalttäter, welche „ethnische Säuberung“ auf ihre Fahnen schreiben, dem Menschen- und Völkerrecht mit legalen Zwangsmitteln zur Durchsetzung zu verhelfen, ist man nicht mehr nur Zuschauer, sondern Komplize auf dem Bürgerkriegsschauplatz. Es liegt nahe zu fragen, ob die politische Ethik, wie sie in den meisten westeuropäischen Kirchen nach 1945 zustimmungsfähig war, vielleicht nur für halbwegs sturmfreie Zeiten taugte. Zu den Paradoxien des Ost-West-Konfliktes gehört, daß durch die unmenschliche Systemabgrenzung zugleich politische Gewaltpotentiale eingedämmt werden konnten. Aber die Technik des nuklearen Friedens hat die schärfsten und unversöhnlichsten politischen Gegensätze und Feindschaften nicht überwinden, sondern nur überlagern können, welche jederzeit durch rassistische und religiöse Feindschaften verstärkt werden können, bis sie sich in unkontrollierbaren Gewalttätigkeiten entladen. Die zivilisierende Kraft von Recht, Sittlichkeit und Religion in Europa hat sich als zu schwach erwiesen, als daß sie die Wiederkunft alter Dämonen hätte bannen können. Man muß deshalb erkennen, daß eine zivile Ordnung alles andere als selbstverständlich ist und vielleicht immer nur für befristete Epochen dem Chaos abgerungen werden kann. Im Palazzo Pubblico des toskanischen Siena gibt es ein Bild von Ambrogio Lorenzetti aus dem 14. Jahrhundert, welches eine „Allegoria del Buon Governo“ zeigt. Europa heute beginnt zu begreifen, daß „gute Regierung“ wieder zur Utopie geworden ist.

## II. Utopie

Utopien sind nicht die Tagträume wirklichkeitsfremder Romantiker, sondern Antizipationen der praktischen Vernunft. Eine aufgeklärte, das heißt ihre eigenen Grundlagen und Grenzen kritisch prüfende Utopie wäre eine solche, die nach den Grenzen des Spielraums menschlicher Handlungen fragt, welche wir uns als wirklichkeitsnah und sinnvoll vorstellen können. Es geht nicht um Wünsche und unbestimmte Hoffnungen, sondern um ganz elementare Bedingungen gemeinsamer Lebensordnungen. Schon bloß diese in manchen Regionen Europas heute ansatzweise ausmachen zu wollen, könnte die Phantasie indes überfordern. An diesem unabdingbaren und notwendigen Bemühen sich mit sachlichen Argumenten zu beteiligen, erscheint mir als eine der wichtigsten, vordringlichen Aufgaben der Kirchen in Europa. Dazu einige Erläuterungen:

1. Die Spannweite der Positionen und Rollen der Kirchen im heutigen Europa ist äußerst vielfältig; gegenüber organisierten staatlich-politischen Machtpositionen reichen sie von theokratischen Ansprüchen bis zum ohnmächtigen Zeugnis von bedrängten Minderheiten. Im Blick auf die schweren Konflikte um eine neue polnische Verfassung und die Abtreibungsgesetzgebung haben unter anderen Czeslaw Milocz und Leszek Kolakowski, die stets mutig den polnischen Freiheitskampf unterstützt haben, vor ei-

ner Art neuer Theokratie eindringlich gewarnt. „Das Ansinnen, ‚christliche Werte‘ als Verfassungsgrundlage einzuführen, ist der Ruin der Verfassung selbst“ (Kolakowski). Daß die Kirchen auf den Trümmern der kommunistischen Herrschaft versucht, ja eingeladen sein können, das geistige und politische Machtvakuum mit ihren besonderen Überzeugungen und Interessen zu füllen, kann nicht überraschen; daß sie dazu auch die Hilfe der neuen, in ihrer Legitimität noch ganz ungefestigten weltlichen Macht und die von dieser verliehenen Privilegien in Anspruch nehmen möchten, ist menschlich nur allzu verständlich.

Viele fürchten, daß es unter der Parole einer „Neuevangelisierung“, wie sie Papst Johannes Paul II. proklamiert hat, nicht zuletzt darum geht, den politischen und gesellschaftlichen Einfluß der römischen Kirche zu erhöhen und zu sichern. Mit Sorge muß man daher neben dem Wiederaufleben extremer nationalistischer und ethnischer Überzeugungen zunehmend auch die Behauptung und Durchsetzung konfessioneller Sonderinteressen registrieren. Die Auseinandersetzungen zwischen russischen Orthodoxen und Uniaten in der Ukraine haben inzwischen an manchen Orten gewalttätige Züge angenommen. Konservativ-evangelische Kreise in der Schweiz warnen vor einer schwarz-roten Allianz einer neuen Weltrevolution. Das ist sicher Ausdruck einer Minderheiten-Hysterie; gleichwohl ist unübersehbar, daß im Kampf um neue Verfassungen und Machtpositionen in Ostmitteleuropa die Religions- und Schulpolitik unter neo-konfessionalistischem Machtstreben leiden muß.

Wenn aber schon die Kirchen nicht in der Lage sind, den Gedanken eines allgemeinen Interesses des Ganzen unabhängig von den Zwecken eigener Selbstbehauptung zum wichtigsten Kriterium der „guten Regierung“ zu machen, wie kann man dergleichen von Politikern, Unternehmern, Gewerkschaften oder Journalisten erwarten?

Am Beginn der Idee einer gerechten Ordnung des politischen Gemeinwesens stand bei den Griechen des 4. und 5. Jahrhunderts die Frage, ob und wie es möglich sein könne, die Grundzüge einer Ordnung zu bestimmen, ohne dadurch selbst herrschen zu wollen. Die Kirchen, deren Bestand in jedem Ernstfall nicht auf Macht und Besitz gründet, könnten zur höchst unselbstverständlichen Antwort auf diese Grundfrage theoretisch und praktisch sehr viel beitragen. Sie könnten sich beispielsweise mit konstruktiven, eindeutig uneigennütigen Beiträgen in die verfassungspolitischen Debatten einschalten, und sie würden dem für jeden Rechtsstaat unabdingbaren Rechtsbewußtsein seiner Bürger einen großen Dienst leisten, wenn sie intern äußerste Sorgfalt im Gewissens- und Rechtsschutz walten ließen. Dies setzt freilich voraus, daß die Kirchen nicht sind, was andere wenigstens offen zugeben: Lobbyisten und Opportunisten im Dienste der eigenen Machtsicherung zu Lasten anderer. Diese Gefahr bedroht bekanntlich jede Kirche, die an politischer Macht und gesellschaftlichem Reichtum teilhat.

2. „Die Mühen der Ebene“ (Transit. Europäische Revue, Heft 3, 1991) betreffen besonders den wirtschaftlichen Aufbau, richtiger: die Eindämmung des wirtschaftlichen Chaos. Niemand sollte annehmen, daß der Zusammenbruch der „sozialistischen“ Planungsdictaturen auf die Territorien der Nachfolgestaaten beschränkt werden kann. Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden in Deutschland dürften auf Jahre hinaus immer auch Ausdruck der Nicht-Steuerbarkeit post-sozialistischer Ökonomien sein. Finanzpolitik ist auf absehbare Zeit zum Improvisieren unter Krisendruck gezwungen; sie wird scheitern, wenn sie dem Erwartungsdruck hinsichtlich ungeschmälerter Leistungsansprüche nicht entgegenzutreten vermag. Diese Probleme betreffen alle europäischen Staaten, die deshalb zum Sparen und zu Einschnitten gezwungen sind. Im Vergleich mit den Problemen östlich der deutschen Grenzen muten diese Widrigkeiten fast noch idyllisch an. Denn im ehemaligen Ostblock profitieren von der

neuen Freiheit, die zuerst eine Freiheit von Gesetz und Recht ist, vor allem jene, die schnell, skrupellos und oft auf kriminelle Weise die Chancen einer rechtlich noch völlig unregulierten Marktfreiheit zu nutzen verstehen. Es fehlt allenthalben eine verfassungsrechtlich begründete Wirtschafts- und Finanzordnung. Die neuen sozialen Ungleichheiten stellen die früheren Unterschiede zwischen der Nomenklatura und dem Volk leicht in den Schatten. Das organisierte Verbrechen genießt nach dem Wegfall der alten Grenzen ungeahnte Freizügigkeit.

Vor allem aber beruht ein nicht geringer Teil der Legitimität der nachkommunistischen Ordnungen auf der Erwartung eines baldigen und rapiden wirtschaftlichen Aufschwunges. Dieser aber ist ausgeblieben und wird wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen. Überdies wird höchstwahrscheinlich jede nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung auch nicht von den Regierungen „gemacht“ werden können, sondern von den Initiativen aus der „civil society“ selber ausgehen müssen. Es war aber eines der wichtigsten Mittel der Machtsicherung der früheren Diktatoren, jeden Ansatz zu einer Selbstorganisation der Bürgergesellschaft im Keim zu ersticken. Die Umstellung vom vormundschaftlichen Staat auf die Selbstbestimmung freier Bürger ist nur als Ergebnis langwieriger Bildungsprozesse vorstellbar. So versteht es sich von selbst, daß die Neuordnung des Bildungswesens die höchste Aufmerksamkeit auch der Kirchen verdient.

Parallel zu den immensen Aufbauproblemen im ehemaligen Ostblock erscheint es mir wahrscheinlich, daß sich auch in den traditionell kapitalistischen Ländern die Gewichte vom leistenden (d.h. nehmenden, gebenden und umverteilenden) Staat zum schützenden (d.h. Rechte der Menschen wie der Natur zuverlässig sichernden) Staat werden verschieben müssen. Dadurch werden auch die Kirchen genötigt sein, ihre wirtschaftsethischen Konzepte bezüglich der Möglichkeiten und Grenzen des Sozialstaates zu überdenken, wobei sie auf diesem Gebiete präzise Festlegungen immer schon vermieden haben. Besonders wird aber zu bedenken sein, daß die Kirchen selbst vom fürsorglichen Leistungsstaat der Wachstums- und Wohlfahrtsgesellschaft enorm profitiert haben. Die Begrenzung und Einschränkung der Leistungen der öffentlichen Hände wird künftig vor Kirchen, Kunst und Bildungseinrichtungen nicht haltmachen, wenn eine Umverteilung der Substanz und nicht der ohnehin geringer werdenden Zuwächse unvermeidlich wird. Es ist derzeit kaum absehbar, ob die Kirchen in der Lage sein werden und willens sind, derartige Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und mitzugestalten.

In den verbreiteten Trend, die Staatsaufgaben einzuschränken, paßt auch eine Entwicklung, die die kleineren politischen, gesellschaftlichen und auch kirchlichen Einheiten stärkt. „Subsidiarität“ heißt das Zauberwort nicht nur in der römischen Kirche – aber nur in der Soziallehre, nicht in der Ekklesiologie! –, sondern neuerdings auch in Brüssel. Dies hat eine gewisse entfernte Verwandtschaft mit dem älteren gesellschaftlichen und politischen Leitbild der ökumenischen Bewegung, dem Konzept der „Verantwortlichen Gesellschaft“, welche nach J. H. Oldham die Ordnungsform für „little men in little societies“ sein sollte. Damit war gemeint, daß humane Formen politischer und sozialer Gestaltung auf die Grenzen der menschlichen Orientierungs- und Handlungsmöglichkeiten Rücksicht nehmen müssen, wenn die Betroffenen nicht zu Anhängseln von Superstrukturen degradiert werden sollen. Ob dies freilich eine aufgeklärte und nicht eine rückwärts gewandte Utopie ist, dürfte durchaus offen sein.

3. Schutz und Stützung der kleineren Einheiten sowie der Minderheiten und der bedürftigen Einzelnen sind Grundkriterien einer „guten Regierung“. „Die Stärke des Volkes mißt sich am Wohl der Schwachen“, heißt es im Entwurf für eine neue Schweizer Bundesverfassung. Das steht freilich mindestens teilweise im Widerspruch zu jeder auf Wettbewerb gegründeten Marktwirtschaft. Dennoch werden gerade die Kirchen

an diesem Kriterium unnachgiebig festhalten müssen. Daß dieses Kriterium aber auf genügend Zustimmung stößt und allgemeiner Anerkennung fähig ist, um nicht nur für Orden und für die Individualmoral, sondern auch für die Verfassung eines Staates regulative Bedeutung zu gewinnen, kann nur das immer gefährdete Ergebnis von öffentlichen Bildungsprozessen sein. Überzeugend können Kirchen daran nur teilnehmen, wenn sie in ihrem eigenen Bereich den Schutz von Minderheiten und Menschenrechten sowie religiöse und soziale Toleranz verwirklichen.

### *III. Dialog*

In die gegenwärtigen chaotischen Zerrissenheiten Europas sind die Kirchen auf vielfältige Weise verstrickt. Nicht selten heizen sie politische und ethnische Konflikte sogar noch an – von Nordirland bis zum Balkan und nach Armenien. Religionskonflikte werden wieder mit Gewalt ausgetragen. Auf einmal scheint das Zeitalter der konfessionellen Bürgerkriege gar nicht mehr so weit zurückzuliegen.

Auf der anderen Seite haben die professionellen interkonfessionellen und interreligiösen Dialoge einen Grad der Differenzierung erreicht, daß ihre Verfahren und Ergebnisse nur noch für einen kleinen Kreis eingefuchster Experten durchschaubar sind. Für die entscheidenden Fragen des ökonomischen und politischen Überlebens, ja womöglich eines friedlichen Zusammenlebens müßten jedoch die zwischenkirchlichen Dialoge sowohl realitätsnäher und analytisch präziser werden als auch politisch-sozial tiefer ansetzen, als dies in den letzten Jahren der Fall war. Es muß zu denken geben, daß der konziliare Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung dort, wo es um's nackte Überleben und die Überwindung elementarer Not und Unterdrückung geht, erstaunlich geringe praktische Bedeutung zu haben scheint und daß er auch kaum zu politisch konkretisierbaren Detailanalysen durchgedrungen ist. Seine Protagonisten kommen vor allem aus Kirchen, die immer noch wirtschaftlich außerordentlich gut gestellt sind. Daß diese am konziliarèn Prozeß aktiv teilnehmen, ist natürlich eminent wichtig, aber dauerhafte Brückenschläge, Verbindungen und praktisch folgenreiche Solidaritätsformen, die auch politische Qualität haben, sind eher selten geblieben.

Mit scheint, daß die Kirchen ihre mögliche aufgeklärt-utopische Rolle und Aufgabe im chaotischen Europa verkennen und damit auch ihren Sendungsauftrag verfehlen, wenn sie weiterhin einen so großen Teil ihrer ohnehin begrenzten Energien auf Partikular-Probleme wie die Frauenordination oder das strittige Verständnis vergangener Lehrstreitigkeiten konzentrieren. Dies sind zweifellos an sich wichtige Fragen, die mich selbst sehr interessieren, die man auch gar nicht sorgfältig genug studieren kann, aber ihr Verhältnis zu den dringlichsten Aufgaben im heutigen Europa empfinde ich als ganz unproportional. Hinzu kommt, besonders in den evangelischen Kirchen in Deutschland, eine unübersehbare Verunsicherung und Lähmung durch die Stasi-Problematik und die vermeintliche begrenzte Zusammenarbeit mit dem SED-Staat sowie durch das gezielte publizistische Ausschlachten dieser Vermutungen und Verdächtigungen zum Nachteil der Kirche. Aber Selbstbezogenheit der Kirche, sei es durch Fixierung auf kirchenrechtliche oder moraltheologische Sonderlehren, sei es durch moralische Selbstzweifel bezüglich der Vergangenheit, hindert diese daran, die buchstäblich brennenden Probleme vor der eigenen Haustür wahrzunehmen und diese in das Zentrum ihrer Dialoge und ihrer gemeinsamen Aktionen zu rücken. Im Blick darauf können und müssen die Kirchen in Europa zur elementaren Sprache des Evangeliums finden.